

Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 75'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 2
Fläche: 32'964 mm²

Pauschalbesteuerung: Ungerechtigkeit oder Segen?

ABSTIMMUNG Reiche Ausländer profitieren von der Pauschalbesteuerung. Diese Steuer ist ungerecht, sagen die Befürworter der Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre».

Jedes Jahr füllen wir die Steuererklärung aus und bezahlen Steuern aufgrund unseres Einkommens und Vermögens. Wir werden nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert – ob Rentnerin oder Arbeiter, Familie oder Alleinstehende. Für rund 5600 reiche Ausländer gilt das nicht. Sie profitieren von einer Sonderbehandlung und werden nach Aufwand, d. h. nach ihren Lebenshaltungskosten, besteuert. Voraussetzung für diese Pauschalbesteuerung

PRO

ist, dass sie in der Schweiz nicht arbeiten. Was ursprünglich im Kanton Waadt für gut betuchte englische Rentner eingeführt wurde, ist inzwischen zu einem Steueropti-

grosses Missbrauchspotenzial für «Schein-Erwerbslose».

Dass dieses Steuerprivileg mit Angstmacherei verteidigt wird, war zu erwarten. Aber wie die Erfahrung aus den Kantonen zeigt, ist bei einer Abschaffung der Pauschalsteuer weder eine Massenauswanderung noch ein Rückgang der Steuereinnahmen eingetroffen. Einige Reiche sind weggezogen. Ihre Villen werden jetzt von normal besteuerten Reichen bewohnt, die auch konsumieren und investieren. Und die Zurückgebliebenen bringen in der Regel mehr Steuerertrag. Es zeigt klar: Die Schweiz ist mehr als nur ein Steuerparadies. Sie punktet mit hoher Lebensqualität, Sicherheit und guter Infrastruktur. Dazu sollen reiche Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz genauso viel beitragen wie jeder normal besteuerte Ausländer und Schweizer. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung macht Schluss mit einem undemokratischen und ungerechten Steuerprivileg.

schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Initiative will die Aufwandbesteuerung schweizweit abschaffen. Damit greift sie in die Steuerhoheit der Kantone ein. Das ist für mich der Hauptgrund, um gegen die Initiative zu sein. Bisher haben acht Kantone mit einer Volksabstimmung entschieden, die Aufwandbesteuerung beizubehalten, darunter Schwyz, Luzern und Nidwalden. In weiteren zehn Kantonen, darunter Uri und Zug, ha-

ben die Kantonsparlamente deren

CONTRA

Beibehaltung bestätigt. In fünf Kantonen (z. B. Zürich) hat sich das Volk für deren Abschaffung ausgesprochen.

Die Pauschalbesteuerung ist vor allem für Bergkantone als Tourismuszentren und die Westschweiz eine wichtige Einnahmequelle. Viel wichtiger als für die Zentralschweiz, weil wir nur vergleichsweise wenige Pauschalbesteuerte haben. Deshalb ist es so wichtig, dass jeder Kanton für sich selber entscheiden kann und nicht einem zentralistischen Befehl aus Bern folgen muss.

Die Erfahrung aus Zürich zeigt, dass nach zwei Jahren rund 50



Petra Gössi,
FDP-Nationalrätin
Schwyz

Prozent der vormals pauschalbesteuerten Personen den Kanton verlassen haben. Einige haben «nur» den Kanton gewechselt, andere sind ins Ausland gezogen. Dies zeigt klar: Bei einer Abschaffung werden viele aufwandbesteuerte Personen die Schweiz verlassen, weil sie wirtschaftlich ungebunden sind. Damit werden wir rund eine Milliarde Franken Steuereinnahmen verlieren. Die finanziellen Aus-

 **30. November 2014**
Abstimmung

mierungsinstrument für reiche Ausländer geworden. Milliarden schwere Oligarchen wie Viktor Vekselberg nutzen das Steuerprivileg längst und gelten als nicht erwerbstätig, obwohl sie Verwaltungsräte präsidieren und von der Schweiz aus globale Firmenimperien steuern. Offensichtlich bietet das System



Prisca Birrer-Heimo
SP-Nationalrätin
Luzern